

Chile nach den Präsidentschafts- wahlen

Steht das Land vor einem Politikwechsel?

Mit der Wahl der Sozialistin und bekennenden Agnostikerin Michelle Bachelet zur neuen chilenischen Präsidentin und der Ablehnung ihres konservativen Herausforderers Sebastián Piñera im Januar 2006 haben die Bürger des südamerikanischen Landes der seit 16 Jahren regierenden Mitte-Links-Koalition, der *concertación*, erneut die politische Führung anvertraut und einen weiteren Schritt auf dem Wege der Festigung der chilenischen Demokratie getan. Mit der Besetzung ihres Kabinetts hat Bachelet, selbst Tochter eines von den Schergen der Pinochet-Diktatur gefolterten Generals der Allende-Ära, durchaus nicht den radikal-linken Schwenk getan, den gemäßigt-bürgerliche Kräfte im Land befürchtet hatten. Vielmehr finden sich in der Ministerriege der neuen Regierungschefin neben wenigen dogmatischen Sozialisten zahlreiche moderate Köpfe, die für Stabilität und eine Fortführung der Politik der bisherigen Regierung Ricardo Lagos stehen. Neben der Inangriffnahme der großen Herausforderungen etwa in der Sozial- und Bildungspolitik, wo die Schaffung von mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit ansteht, dürfen die Festigung der pluralistischen Demokratie, des Rechtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft von der neuen Regierung erwartet werden – einer Regierung, in der indes die Christlichen Demokraten nach ihren schweren Verlusten bei den Wahlen wohl nicht mehr zu den stärksten Impulsgebern gehören werden.

■ Executive Summary

For the first time in their history, the Chileans elected a woman president. Michelle Bachelet, a socialist, won the run-off election against her opponent Sebastián Piñera, an entrepreneur. Mrs Bachelet's supporters have been pinning high hopes on her election. The daughter of a man who was tortured by the military and a woman who was sent into exile for opposing the Pinochet regime is regarded by many as a symbol of their desire for reconciliation and for coming to terms with the past.

However, as almost half the country voted against her, she will need to integrate, although her coalition holds a majority in both houses of parliament. Speaking on the evening of the election, Mrs Bachelet stated that she wished to be a 'president for all Chileans'. In addition, she promised to continue on the successful path of economic and financial policy. This announcement was a signal intended to boost the confidence of entrepreneurs and investors. The same holds true for her cabinet, the first ever in which every other member is a woman. Many of the ministers appointed, including the minister of finance (a man) and the minister of economics (a woman), belong to the liberal left wing of the ruling centre-left coalition, trusting to market liberalization and the advantages of globalization.

It is not to be expected that the Bachelet government will change to a socialist order concept. On the contrary, Mrs Bachelet is much more likely to con-

tinue with the pragmatic policies of her predecessors. The new head of state announced that she would follow a more dialogue-oriented, participative style of government, laying great emphasis on social security. Mrs Bachelet stated that in the four years of her term she would strive for the ambitious goal of establishing in Chile a ‚grand system of social protection‘. In addition to her popularity, she will have to prove her ability to lead. Ominous rumblings are heard in the government coalition, particularly from the strife-riven Christian Democrats. In view of the difficulties some segments of the party had with supporting a socialist in the presidential elections, it remains to be seen what those Christian Democratic groups will do whose political influence in the new government is almost nil.

■ Der Wahlkampf

Nach der knappen Präsidentschaftswahl 1999, bei der der ehemalige „Chicago Boy“ und Herausgeber des Wirtschaftsteil der pinochetfreundlichen Zeitung *El Mercurio*, Joaquín Lavín, Ricardo Lagos fast besiegt hätte, schien vielen Chilenen lange Zeit klar, dass der nächste Präsident Lavín heißen würde. Über Jahre hinweg führte er alle Umfragen deutlich an. Durch seine von vielen als unglücklich empfundene Zeit als Bürgermeister der Hauptstadt Santiago sanken seine Umfragewerte jedoch immer mehr: Gleichzeitig stieg die Zustimmung zur Amtsführung von Präsident Lagos. Während es dem Präsidenten in staatsmännischer Manier gelang, Chile sicher durch die Wirren des „Tango-Effektes“, einer Wirtschaftskrise, die 2000/2001 von Argentinien ausgehend viele Länder des Cono Sur erschütterte, hindurchzuführen, erlitt Lavín bei den Kommunalwahlen im Oktober 2004 eine weitere Schlappe. Seine Partei konnte bei den Urnengängen nicht so abschneiden wie erhofft und musste die bei den Parlamentswahlen 2001 erstmals errungene Position als stärkste Partei des Landes erneut an die Christlichen Demokraten abgeben.

Aufgrund der geschwächten Position war das oppositionelle Parteienbündnis Alianza por Chile nicht mehr bereit, geschlossen die Kandidatur Lavíns zu unterstützen. Mitte Mai 2005 platzte deshalb eine politische Bombe. Renovación Nacional (RN), die moderate und rechtsliberale Partei der konservativen

Oppositionsallianz, nominierte auf einem Parteitag den Unternehmer Sebastián Piñera zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. Nachdem Piñera es abgelehnt hatte, in *primaries* gegen Lavín zu kämpfen, entschied die Alianza, mit zwei Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten. Im Wahlkampf bemühte sich Piñera, der aus einer traditionell christlich-demokratischen Familie stammt, um einen deutlich zentristischen Diskurs und sprach von einer neuen großen Allianz des Zentrums, die auch Platz für den christlichen Humanismus biete. Damit setzte er ein klares Zeichen gegenüber den Christlichen Demokraten und lud den PDC ein, in dieses neue Bündnis einzutreten oder sich ihm anzuschließen.

Sebastián Piñera, einer der erfolgreichsten chilenischen Unternehmer mit Kapitalanteilen u.a. an der Fluggesellschaft LAN, hatte sich mit seinen Gefolgsleuten im Gegensatz zu Lavín beim Plebiszit 1988 für das „No“ gegen Pinochet eingesetzt und stand bei den Kampagnen mit seinem Vater in der ersten Reihe. Seine Eltern und andere Familienmitglieder sind und waren aktive Christliche Demokraten: Der Vater war chilenischer Botschafter in Belgien und bei den Vereinten Nationen; sein Bruder ist Mitglied des PDC und Staatssekretär in der Regierung Lagos im Ministerium für öffentliches Auftragswesen und auch seine Schwester gehört der Christlich-Demokratischen Partei an. Piñera gilt als ehrgeizig, machtbewusst, intelligent, dynamisch und als *workaholic*. Sein Vermögen wird auf über eine Milliarde US-Dollar geschätzt.

Piñera erschien als unverbrauchter, dynamischer Kandidat im Vergleich zu dem bekannten Gesicht Lavín. Im Gegensatz zum oft populistischen Lavín wirkte Piñera staatsmännischer und souveräner. Die beiden Kandidaten teilten sich die Wählerschaft im konservativen Spektrum auf. Während das bekennende Opus-Dei-Mitglied Lavín mit seinen klaren Botschaften konservative Katholiken und die unteren Bevölkerungsschichten ansprach, etablierte sich Piñera mit einem gemäßigeren zentristischen Diskurs als Kandidat des Bürgertums und der oberen Mittelschicht.

In den letzten Wochen vor der Wahl hatte Michelle Bachelet laut Umfragen wie die sichere Siegerin ausgesehen. In ihrem Wahlkampfteam hatte man sich auf den Sympathiewerten und dem Charisma der Kandi-

datin ausgeruht. Siegesicher hatte man die Kampagne darauf ausgerichtet, den Vorsprung „über die Zeit zu retten“, anstatt mit klaren Aussagen in Erscheinung zu treten.

Eine Umfrage des seriösen Meinungsforschungsinstituts CEP nur drei Wochen vor dem ersten Wahlgang riss das Bachelet-Lager aus ihren Träumen. Danach erhielt die Kandidatin nur noch 39 Prozent der Stimmen, während die beiden konservativen Kandidaten erstmals mehr Wähler als die Sozialistin auf sich vereinigen konnten. Das Rennen um die Präsidentschaft schien wieder offen.

Wahlkampf in Chile – das bedeutet vor allem Materialschlacht. Während der heißen Wochen vor den Urnengängen, in denen das Gesetz den Straßenwahlkampf auch offiziell gestattet, wurde jeder verfügbare Platz mit den Konterfeis der Kandidaten zugespflastert. Die oft bezahlten Wahlkampftrupps bemalten Mauern in den Farben der Parteien, mit den Namen der Kandidaten und ihren Slogans. Dazu kamen endlose Radio- und Fernsehspots. Inhalte suchte man im Wahlkampf vergebens. Die Plakate zeigten das Konterfei eines Kandidaten ohne Parteinaamen oder Parteesymbol mit den Slogans „Chile kann mehr“ (Piñera), „Flügel für Alle“ (Lavín) oder „Ich bin mit Dir“ (Bachelet). Für den zweiten Wahlgang änderten Piñera und Bachelet ihre Slogans in „Chile will mehr“ und „Für Chile – Für die Menschen“.

Öffentlich trafen die vier Präsidentschaftskandidaten das erste Mal am 19. Oktober bei der ersten von zwei TV-Debatten aufeinander. Die Regeln waren strikt: Jeder Teilnehmer hatte jeweils auf die gleichen Fragen zu antworten; eine Diskussion war nicht gestattet. Inhaltlich gab es kaum Differenzen zwischen den Kandidaten. Als wesentliches Problem stellten alle die soziale Ungleichheit heraus und nannten die soziale Schieflage und den wirtschaftlichen Konzentrationsprozess als große Herausforderung. Einig war man sich auch, dass in der neuen Legislaturperiode eine umfassende Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen zur Bekämpfung der bei etwa acht Prozent liegenden Arbeitslosigkeit umgesetzt werden müsse.

Nach dem ersten Wahlgang konnte sich Sebastián Piñera als Wahlsieger fühlen. Es war ihm einerseits gelungen, Joaquín Lavín zu besiegen und den Weg

zur Stichwahl zu betreten, andererseits hatte er mit seinem Diskurs in Richtung der politischen Mitte auch einige Persönlichkeiten aus dem christlich-demokratischen Segment für sich gewinnen können.

Im zweiten Wahlgang standen Bachelet und Piñera vor unterschiedlichen Herausforderungen. Bachelet brauchte die Unterstützung der außerparlamentarischen Linken, um die erforderlichen 50 Prozent der Stimmen zu erreichen. Piñera hingegen stand vor der Aufgabe, alle Wähler, die im ersten Wahlgang für Lavín gestimmt hatten, auf seine Seite zu ziehen und weiter in die christlich-demokratische Anhängerschaft einzubrechen.

Einig waren sich die Analysten des Wahlkampfes darüber, dass das Niveau der Auseinandersetzung diesmal deutlich anspruchsloser war als bei vorherigen Wahlkämpfen. Persönliche Attacken und Beschuldigungen prägten die öffentliche Wahrnehmung. Das Bachelet-Team versuchte, Piñera in die extrem rechte Ecke zu stellen, was in einer Aussage ihres Wahlkampfchefs gipfelte, Piñera sei der „Erbe Pinochets“. Zudem warf die Kandidatin ihm vor, *Concertación*-Wählern Geld angeboten zu haben, um ihre Stimmen für sich zu gewinnen. Bachelet nahm diese Anschuldigung noch am selben Tag zurück, um sie wenige Stunden später zu wiederholen. Öffentlich zweifelte man auch im Regierungslager an einigen Leistungen in Piñeras Leben, etwa dem Dokortitel aus Harvard, um ihn persönlich unglaubwürdig erscheinen zu lassen.

Piñera erklärte den Wahlkampf seinerseits zur Auseinandersetzung zwischen seiner großen Koalition des Zentrums und „der Linken“. Bachelet sei eine sympathische und fähige Frau, das reiche aber nicht, um Präsidentin zu sein. Die Anschuldigungen ihm gegenüber und ihre anschließende Wiederrufung zeigten Bachelets Nervosität und Unsicherheit. Der Wahlkampf Piñeras machte mitunter einen unglücklichen Eindruck. Ein Tag nach dem ersten Wahlgang erschien so in den Tageszeitungen Chiles eine Anzeige, welche den Unternehmer in einer Fotomontage vor einer großen Menschenmenge zeigte. Einige aufmerksame Beobachter fanden heraus, dass die Szene im Hintergrund nicht in Chile, sondern in einer nordamerikanischen Großstadt aufgenommen worden war.

Ein weiteres ständiges Streitthema war die Rolle der Regierung im Wahlkampf und besonders die von Präsident Lagos. Die öffentliche Unterstützung des Präsidenten für Michelle Bachelet wurde von Oppositionspolitikern scharf kritisiert. Aufgabe der Regierung sei es, so der UDI-Präsidentschaftskandidat Lavín, Neutralität in Wahlkampfzeiten zu wahren. Aus westlicher Sicht klingt dieser Vorwurf befremdlich: Man stelle sich etwa vor, Bill Clinton wäre im US-Wahlkampf 2000 dafür kritisiert worden, als er sich für Al Gore, seinen Parteifreund und möglichen Amtsnachfolger, stark machte.

Einen bitteren Beigeschmack hinterlässt der Wahlkampf durch die Regierung in anderen Bereichen. Zum einen häuften sich Berichte darüber, dass auf Beschäftigte staatlicher Behörden Druck ausgeübt worden sei, sich für die Kandidatin der Concertación öffentlich einzusetzen. Nicht zu beweisen waren Anschuldigungen, dass auch Regierungsgelder in den Wahlkampf geflossen seien. Zum anderen brachte man in den Wochen zwischen den beiden Wahlgängen einige Gesetze zu kontroversen Themen wie etwa dem Wahlsystem oder den indigenen Völkern im Parlament zur Abstimmung, die das Ziel hatten, Meinungsverschiedenheiten in der oppositionellen Parteienallianz zu provozieren.

Der Wahlprozess selbst lief friedlich, demokratisch sauber und ohne Störungen ab. Eine Ausnahme war der Urnengang des neugewählten Senators Pablo Longueira (UDI) in Santiago, der auf dem Weg ins Wahllokal mit Steinen und Erdklumpen beworfen wurde. Dies vermochte das positive Gesamtbild jedoch nicht entscheidend zu trüben. Viele internationale Gäste und Beobachter begleiteten die Wahlen.

■ Das Wahlergebnis

Obwohl die Bachelet unterstützenden Parteien ursprünglich gehofft hatten, schon im ersten Wahlgang die absolute Stimmenmehrheit zu erreichen, musste sich die Kandidatin der *Concertación*, wie schon ihr Vorgänger Ricardo Lagos, einer Stichwahl stellen.

Der Wahlsieg Bachelets fiel mit rund sieben Prozent Vorsprung deutlich aus. Damit bestätigten sich sowohl die Umfragen im Vorfeld als auch die Hoffnungen der seit 16 Jahren regierenden Koalition aus Christlichen Demokraten (PDC), Sozialisten (PS),

dem Partido por la Democracia (PPD), einer progressiven und links-liberalen Abspaltung der Sozialisten und dem kleinen Partido Radical Social Demócrata (PRSD). Der Abstand an den Urnen zwischen Bachelet und Piñera ist etwa vier Prozent größer, als dies bei den letzten Präsidentschaftswahlen 1999 zwischen Präsident Ricardo Lagos und seinem damaligen Herausforderer Joaquín Lavín von der konservativen, ehemals Pinochet nahestehenden Partei Unión Demócrata Independiente (UDI) der Fall war. Bachelet behielt in zwölf der dreizehn Regionen des Landes, einschließlich der Hauptstadtregion Santiago, die Oberhand. Sie gewann fast in gleichem Maße bei männlichen und weiblichen Wählern. Wenn ihr Vorsprung bei den Männern auch minimal größer war, konnte sie damit doch einen Trend brechen, demzufolge Frauen in Chile deutlich konservativer wählen als Männer. Offenbar haben die weiblichen Wähler die Kandidatur einer Frau für das Präsidentenamt honoriert. Ein anderer Trend wurde hingegen bestätigt: Seit 1958 gelang es keinem konservativen Kandidaten mehr, sich bei Präsidentschaftswahlen durchzusetzen.

**■ Ergebnis der Stichwahl
um das Präsidialamt vom
15.01.2006**

Name	Stimmen	Prozent
Sebastián Piñera Echenique:	3 227 658	46,50
Michelle Bachelet Jeria:	3 712 902	53,49
gültige Stimmen:	6 940 560	

Quelle: Daten des chilenischen Innenministeriums unter http://www.elecciones.gov.cl/Sitio2005_2v/index.html, Zugriff am 20.1.2006

Im ersten Wahlgang hatte sich noch ein knapperes Szenario angedeutet. Neben Piñera hatte sich Bachelet mit zwei weiteren Bewerbern um das Präsidentenamt auseinanderzusetzen. Joaquín Lavín trat wie schon 1999 als Kandidat der UDI an, während die aus Kommunisten und grünen Humanisten bestehende außerparlamentarische Linke als Bündnis Juntos Podemos Más Tomás Hirsch, den Sohn jüdisch-deutscher Einwanderer, ins Rennen schickte.

Zwar konnte Bachelet auch diesen ersten Wahlgang für sich entscheiden; der politischen Rechten gelang es jedoch, mit ihren beiden Kandidaten mehr Stimmen auf sich zu vereinen als die Präsidentschaftskandidatin des Regierungslagers. Der große Abstand zwischen Bachelet und Piñera im zweiten

Wahlgang kam für viele Beobachter deshalb überraschend.

Sebastián Piñera Echenique (RN)	1 751 866
Michelle Bachelet Jeria (PS)	3 167 939
Tomás Hirsch Goldschmidt (Juntos Podemos Más)	372 609
Joaquín Lavín Infante (UDI)	1 601 169
gültige Stimmen:	6 893 583

■ Ergebnis des 1. Wahlgangs vom 11.12.2005

Quelle: Daten des chilenischen Innenministeriums unter http://www.elecciones.gov.cl/Sitio2005_2v/index2005p.html, Zugriff am 21.1.2006

Tomás Hirsch, der Kandidat der extremen Linken, rief seine Wähler nach dem ersten Wahlgang dazu auf, leere Wahlzettel abzugeben. Trotzdem stimmten die meisten seiner Anhänger in der Stichwahl für Michelle Bachelet. Piñera hingegen schaffte es nicht, alle Lavín-Wähler für sich zu gewinnen. Obwohl der UDI-Kandidat im Vorfeld des zweiten Wahlgangs seine uneingeschränkte Unterstützung für Piñera ausgesprochen hatte, war das Ergebnis des Unternehmers in der Stichwahl mehr als zwei Prozent schlechter als die Summe der Stimmen der beiden oppositionellen Kandidaten im ersten Wahlgang. Nach der Meinung von Experten waren es vor allem die Wähler Lavíns aus den unteren Bevölkerungsschichten, denen es schwer fiel, sich mit Piñera zu identifizieren, und die deshalb zum Teil zu Bachelet überwechselten. Viele christlich-demokratische Wähler votierten hingegen für Piñera. Der PDC schätzt diesen Anteil auf ca. 20 Prozent der christlich-demokratischen Anhängerschaft (ca. vier Prozent der Gesamtstimmen).

Ein auffälliges Charakteristikum des Urnengangs war die hohe Wahlabstinenz. Von den rund 15,8 Millionen Chilenen sind etwa 10,7 Millionen über 18 Jahre alt und damit wahlberechtigt. Allerdings ist die Einschreibung in das Wahlregister freiwillig. Für die Registrierten ist die Teilnahme an der Wahl anschließend verpflichtend.

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005/2006 waren insgesamt 8 220 897 Chilenen eingeschrieben. Im Vergleich zu den Lokalwahlen im Oktober 2004 haben sich damit knapp 210 000 – vor allem junge Chilenen – neu registrieren lassen. Trotzdem entziehen sich fast 2,5 Millionen Bürger (rund 15 Prozent) in Chile dem demokratischen Prozess,

indem sie sich nicht in das Wahlregister einschreiben lassen. Fast 1,5 Millionen eingeschriebene Chilenen gingen zudem trotz Wahlpflicht nicht zur Wahl oder gaben ungültige Stimmzettel ab. In der Summe bedeutet dies, dass fast vier Millionen und damit beinahe 40 Prozent aller wahlberechtigten Chileninnen und Chilenen auf ihr Recht verzichteten, sich an demokratischen Wahlen ordnungsgemäß zu beteiligen.

■ Die Gründe für den Wahlsieg Bachelets

Der wohl wichtigste Grund für den Wahlsieg der Kandidatin der Regierungskoalition *Concertación Democrática* ist die im internationalen Vergleich herausragende Performance des Landes. Chile macht Fortschritte. Im Jahr 2005 betrug die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes sechs Prozent. Dieser Anstieg entspricht in etwa dem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum seit der Rückkehr zur Demokratie 1990.

Auf dem krisengeschüttelten Kontinent Lateinamerika gilt Chile als bemerkenswerte Ausnahme und als sicherer Hafen. Die Vereidigung des Christlichen Demokraten Patricio Aylwin als Präsident am 11. März 1990 beendete nicht nur 17 Jahre repressive Militärregierung unter Augusto Pinochet, sondern stellte den Beginn eines neuen politischen Projektes dar. Maßgeblicher Protagonist war dabei die aus den ehemaligen Gegnern des Pinochet-Regimes gebildete *Concertación*, die seitdem mit den Christdemokraten Patricio Aylwin und Eduardo Frei Ruiz-Tagle sowie dem Sozialisten Ricardo Lagos drei demokratische Präsidenten stellte. Das vom Pinochet-Regime eingeführte marktwirtschaftliche System wurde beibehalten; die ab 1985 begonnene soziale Abfederung jedoch durch wichtige Maßnahmen ab 1990 verstärkt. Der Erfolg dieser Politik ist beachtlich. Obwohl Chiles Weg in Richtung einer Sozialen Marktwirtschaft noch nicht abgeschlossen ist, gelang es, die Armut von 1990 bis 2004 um mehr als die Hälfte zu reduzieren. Chile trägt zwar nur etwa sechs Prozent zum Bruttoregionalprodukt Lateinamerikas bei, trotzdem strömen 22 Prozent aller ausländischen Investitionen in Lateinamerika in den Andenstaat. Seit Jahren erfüllt das Land alle Maastricht-Kriterien. Ein entschei-

dender Vorteil Chiles im Vergleich zu seinen Nachbarländern ist eine verantwortungsvollere und kompetentere Elite, die wenig korrupt und gut ausgebildet ist. Auch die chilenische Außenpolitik arbeitet in hohem Maße professionell. Die Außenwirtschaftspolitik zielt auf die Eroberung von Märkten in verschiedensten Weltregionen ab. Chile schloss in den letzten Jahren Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten, Südkorea und jüngst mit China sowie vielen Ländern der lateinamerikanischen Region. Die Meinungsfreiheit ist gewährleistet. Löhne und Einkommen abhängig Beschäftigter sind real gestiegen; die Infrastruktur wurde verbessert und ausgebaut. Das Land verfügt über ein im lateinamerikanischen Vergleich hochmodernes Straßennetz – und dies ohne Hilfen aus Regional- und Kohäsionsfonds, etwa wie in vielen Mitgliedstaaten der EU. Allerdings ist der durch Nachfrage aus China und Indien rasant gestiegene Kupferpreis in diesem Zusammenhang für das Land ein Geschenk des Himmels.

Der bis zum 11. März 2006 amtierende Präsident Ricardo Lagos erfreut sich als besonnener und kompetenter Staatschef großer Beliebtheit. Laut Umfragen bescheinigen ihm etwa 60 Prozent der Chilenen eine gute Amtsführung. Da die chilenische Verfassung die direkte Wiederwahl des Präsidenten untersagt, konnte er selbst nicht wieder antreten. Offenbar ist es ihm jedoch gelungen, seine Beliebtheit auf die Parteifreundin Michelle Bachelet zu übertragen.

Vor diesem Hintergrund vermochte es die Opposition nicht, den Chilenen glaubhaft zu vermitteln, die bessere Option für das Land zu sein. Auch wenn die Concertación manchem Wähler nach 16 Jahren Regierung verbraucht vorkommen mag, gelang es ihr, mit der erstmaligen Nominierung einer Frau für das höchste Staatsamt Bereitschaft zur Erneuerung zu zeigen. Die Propaganda der Opposition, eine Regierung Bachelet würde „más de lo mismo“, also keine großen Veränderungen bringen, konnte so nicht wirklich greifen. Bachelet wusste sich einerseits als Frau mit ihrem angekündigten neuen Führungsstil von den bisherigen Regierungen abzusetzen und sich andererseits als Kontinuum der beliebten Regierung Lagos zu profilieren. „Ich bin die Kontinuität und der

Wandel“ – dieser Satz der neuen Präsidentin scheint bei den Wählern angekommen zu sein.

■ Wer ist die neue Präsidentin?

Michelle Bachelet, Jahrgang 1951, ist die Tochter eines Generals der chilenischen Luftwaffe während der Präsidentschaft des Marxisten Salvador Allende. Nach dem Militärputsch Augusto Pinochets vom 11. September 1973 wurde Michelles Vater gefangen-genommen und gefoltert. Nur wenig später starb er. Michelle, die als aktives Mitglied der sozialistischen Jugendorganisationen Präsident Allende unter-stützte, ging zwischen 1975 und 1979 ins Exil nach Ostberlin, wo sie Medizin an der Humboldt-Univer-sität studierte. Nach der Rückkehr in die Heimat 1980 beendete sie das Studium und engagierte sich in der linken Opposition gegen die Militärdiktatur.

Im demokratischen Chile war sie neben ihrer Ar-beit als Ärztin in verschiedenen Kommissionen zur Gesundheitspolitik und in anderen Gremien der So-zialistischen Partei aktiv. Im Jahr 1997 absolvierte Ba-chelet einen Lehrgang mit Auszeichnung am Inter-amerikanischen Verteidigungskolleg in Washington DC. Drei Jahre später berief sie Präsident Ricardo La-gos zur Gesundheits- und von 2002 bis 2004 zur Verteidigungsministerin. Bachelet war damit die erste Frau in der lateinamerikanischen Geschichte, die ein Verteidigungsministerium führte.

Mehrfach geriet die Kandidatin im Vorwahlkampf zur Präsidentschaftskandidatur in die Enge. Ein Grund dafür war eine Liebesbeziehung, die sie in den achtziger Jahren zu einer Führungsfigur der militan-ten linksextremen Patriotischen Front Manuel Rodrí-guez¹⁾ unterhalten hatte. Auch wegen ihrer Lebens-umstände wurde sie angegriffen. Michelle Bachelet ist Agnostikerin, ledig und hat drei Kinder von zwei Männern. Während viele Chilenen in ihrer Per-sönlichkeit den Ausdruck einer offeneren und tole-ranteren Gesellschaft sehen, ist für konservative Ge-sellschaftsschichten eine Präsidentin mit solchen Charakteristika schwer zu akzeptieren.

■ Das neue Kabinett

Am Abend des 30. Januar gab die neue Präsidentin die Zusammensetzung ihres Kabinetts bekannt. Der Re-

1) Auf das Konto der Patrioti-schen Front Manuel Rodrí-guez (Frente Patriótico Ma-nuel Rodríguez, FPMR) gingen in der Vergangenheit mehrere politische Terror-akte. Unter anderem steckte die Organisation hinter der Ermordung des UDI-Grün-ders und Chefideologen des Pinochet-Regimes, Jaime Guzmán Errazuriz, im Jahr 1991.

gierungsmannschaft werden die folgenden Persönlichkeiten angehören:

Inneres und Vizepräsident:	Andrés Zaldívar (PDC)
Äußeres:	Alejandro Foxley (PDC)
Finanzen:	Andrés Velasco (parteilos)
Präsidialamt:	Paulina Veloso (PS)
Generalsekretariat der Regierung:	Ricardo Lagos W. (PPD)
Verteidigung:	Vivianne Blanlot (PPD)
Bildung:	Martín Zilic (PDC)
Justiz:	Isidro Solís (PRSD)
Wirtschaft:	Ingrid Antonijevic (PPD)
Arbeit und Soziales:	Osvaldo Andrade (PS)
Öffentliches Auftragswesen:	Eduardo Bitrán (PPD)
Verkehr:	Sergio Espejo (PDC)
Gesundheit:	María Soledad Barría (PS)
Stadtentwicklung und Sozialer Wohnungsbau:	Patricia Poblete (PDC)
Staatliche Besitztümer:	Rommy Schmidt (PPD)
Bergbau und Energie:	Karin Poniachik (parteilos)
Landwirtschaft:	Alvaro Rojas (PDC)
Planung und Kooperation:	Clarisa Hardy (PS)
Frauen:	Laura Albornoz (PDC)
Kultur:	Paulina Urrutia (parteilos)

Von den zwanzig ernannten Ministern sind zehn Frauen. Mit dieser Zusammensetzung hat die neue Präsidentin ihre erste Feuerprobe bestanden. Michelle Bachelet machte ihre Ankündigung wahr, in den Ministerien strikte Parität zwischen den Geschlechtern zu wahren.

Zudem setzt sie auf neue Gesichter, die bisher nicht Teil des politischen Establishments waren. Ausnahmen bilden der nominierte christlich-demokratische Innenminister Andrés Zaldívar und sein Parteifreund Alejandro Foxley, der das Außenministerium übernimmt. Aufgrund des schwachen Abschneidens der Christlichen Demokraten bei den Parlamentswahlen (gleichzeitig mit dem ersten Wahlgang um das Präsi-

dialamt) war von vielen bezweifelt worden, ob es dem PDC gelingen werde, diese beiden wichtigsten Ministerien zu besetzen. Zaldívar und Foxley bekleideten in der Vergangenheit herausgehobene Positionen in ihrer Partei und genießen aufgrund ihrer Verdienste große Unabhängigkeit. Keiner von beiden kann eindeutig einer der rivalisierenden Machtgruppen innerhalb der chilenischen Christlichen Demokratie zugeordnet werden.

Die restlichen Mitglieder des Kabinetts sind eher Personen aus der zweiten Reihe. Dies gibt Bachelet großen Handlungsspielraum, da sie sich nicht ständig mit politischen Schwergewichten in ihrer Regierung auseinandersetzen muss. Damit provoziert sie jedoch, dass gewisse Politiker von außerhalb der Regierung Opposition ausüben, statt in die Regierungsdisziplin eingebunden zu sein. Angesichts der vielen Strippenzieher und Mächtegern-Schwergewichte in der chilenischen Politik kann man ihre Regierungsbildung wohl als weise bezeichnen.

Diejenigen, die befürchtet hatten, Chile würde sich unter Bachelet deutlich nach links entwickeln, sehen sich nicht bestätigt. Für die wirtschaftspolitisch relevanten Ministerien nominierte sie pragmatische Linksliberale. Der parteilose neue Finanzminister Andrés Velasco ist Doktor der Harvard-Universität und ein anerkannter Marktwirtschaftler. Linksliberale sind auch die neue Verteidigungsministerin Vivianne Blanlot und Eduardo Bitrán, Minister für öffentliches Auftragswesen. Hinzu kommt die Wirtschaftsministerin Ingrid Antonijevic. Zwar ist sie bisher politisch ein weitgehend unbeschriebenes Blatt, als Betriebswirtschaftlerin und Unternehmerin kennt sie den privaten Sektor jedoch gut. Trotz ihrer Mitgliedschaft im PPD stammt die Ministerin aus einer historisch der Christlichen Demokratie nahe stehenden Familie. Während diese Namen geeignet sind, Vertrauen in Unternehmerkreisen zu schaffen, wird auch ein bekannter Linker dem neuen Kabinett angehören. Arbeitsminister Osvaldo Andrade gehört zum harten linken Flügel der Sozialistischen Partei. Ohne die Unterstützung des Finanzministers Velasco wird er jedoch kaum eigene Akzente setzen können.

Ein weiteres wichtiges Signal ist die Nominierung des Christlichen Demokraten Alejandro Foxley für das Außenministerium. Ursprünglich hatten viele er-

wartet, die Präsidentin würde den Sozialisten Luis Maira ernennen. Dieser hatte als chilenischer Botschafter in Mexiko in der Vergangenheit durch seine positiven Kommentare über die dortige autoritäre PRI-Regierung für Aufsehen gesorgt und ein deutlich linkes Profil bewiesen. Foxley hingegen gilt als Pragmatiker und Mann der politischen Mitte. Es ist zu erwarten, dass er eine distanzierte Haltung zu den vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez angeführten Linkspopulisten Lateinamerikas einnehmen wird. Das ist angesichts des Vormarsches dieser Strömung auf dem Kontinent und den ungewissen Ausgängen der diesjährigen Präsidentschaftswahlen etwa in Peru oder Mexiko sicherlich als wichtige Positionierung der neuen Präsidentin zu verstehen.

Ein Wermutstropfen für Christliche Demokraten und Konservative ist die neue Gesundheitsministerin María Soledad Barría. Die Sozialistin ist wie Bachelet Ärztin und gehört zu ihren engsten Vertrauten. Sie ist Nachfolgerin des Christlichen Demokraten Pedro García, der sich in der Regierung Lagos immer wieder gegen allzu „progressive“ Politiken in der Gesundheitspolitik zur Wehr gesetzt hatte. Ein Beispiel war sein Einsatz für den Embryonenschutz. Mit einer sozialistischen Gesundheitsministerin könnten in Zukunft Themen wie Aids-Bekämpfung, Abtreibung, Ausgabe der „Pille danach“ oder therapeutisches Klonen mit einer stärker „linkeren“ Handschrift versehen werden.

Dem Kabinett werden zwei weitere zusätzliche Mitglieder angehören. Die neue Präsidentin kündigte an, Ministerien für Umwelt und öffentliche Sicherheit neu zu schaffen. Die Namen dieser Minister sollen beim Amtsantritt Bachelets am 11. März bekannt gegeben werden.

■ **Das Parteiensystem – Nur Links und Rechts ohne politische Mitte?**

Die heute in Chile existierenden Parteienblöcke (Alianza por Chile und Concertación) gehen auf die Trennlinie von Befürwortern und Gegnern beim Plebiszit 1988 zurück (Entscheidung der Bevölkerung über Fortsetzung der Militärregierung oder Rückkehr zur Demokratie). An die Stelle der historischen Dreiteilung (Konservative, Christliche Demokraten,

2) Ignacio Walker, 2002, *El rol de los partidos (demócrata cristianos) en las democracias latinoamericanas: el caso chileno*, S. 144.

Sozialisten) ist seitdem eine Zweiteilung des Parteiensystems getreten. Ignacio Walker beschreibt diese Widersprüchlichkeit zwischen vielen Parteien und zwei politischen Lagern treffend, wenn er in Chile von einem „moderaten Vielparteiensystem bipolarer Tendenz“²⁾ spricht.

Der Zusammenschluss der Parteien in zwei Lager geschah nicht freiwillig. Das Militärregime schuf ein weltweit einzigartiges, binominales Wahlsystem, das diese Zweiteilung praktisch erzwang. In seiner nach dem Plebiszit verbliebenen Amtszeit sorgte Pinochet dafür, dass es Verfassungsrang bekam. Auch nach den Änderungen der Magna Charta vom 18. September 2005 blieb das binominale Wahlsystem in Kraft. Prinzipiell funktioniert es nach der Logik des Mehrheitswahlrechts. In einem auf freiwilliger Einschreibung in das Wahlregister und anschließender Wahlpflicht basierenden Urnengang ziehen bei Senats- und Abgeordnetenwahlen jeweils nur zwei Kandidaten pro Wahlkreis ins Parlament ein. Diese sind der erstplatzierte Kandidat der Siegerliste und der erstplatzierte Kandidat der stimmenmäßig zweitstärksten Liste. Eine einzelne Liste kann nur beide Mandate erringen, wenn sie in einem Wahlkreis doppelt so viele Stimmen erreicht wie die zweitplatzierte Liste (*doblaje*). So ist die Entstehung eindeutiger Parlamentsmehrheiten unmöglich.

Bei zwei konkurrierenden politischen Lagern ist so jeder Stimmenanteil, den ein Parteienblock zwischen 33,4 und 66,7 Prozent erhält, praktisch wertlos. Aus diesem Grund ist es nicht entscheidend, um den Wahlsieg zu kämpfen, sondern lediglich um das zur Platzierung des eigenen Kandidaten notwendige Ergebnis.

Da in Chile jede Liste laut Wahlgesetz pro Wahlkreis nur zwei Kandidaten aufstellen darf, sieht sich der Kandidat einer Partei einer zweifachen Gegnerschaft ausgesetzt. Einerseits ist dies eine externe Konkurrenz, das heißt eine mit den Bewerbern der anderen Liste. Andererseits ist der Kandidat auch einer internen Konkurrenz mit dem zweiten Kandidaten der eigenen Liste ausgesetzt. Vor jeder Wahl werden innerhalb der Listen umfangreiche Vorverhandlungen zwischen den Parteien einer Koalition über die Kandidaturen notwendig. Die Gesamt-Prozentzahl der Stimmen einer Partei auf Landesebene hängt

maßgeblich davon ab, wie viele Kandidaturen die Partei in den Vorverhandlungen innerhalb des eigenen Blockes jeweils hat durchsetzen können. Eine notwendige Drei-Fünftel-Mehrheit in beiden Kammern ist bis heute nicht für die zahlreichen Versuche einer Änderung zustande gekommen.

Hauptleidtragender der vom binominalen Wahlsystem praktisch erzwungenen Zweiteilung des Parteiensystems ist die politische Mitte, die bis 1973 stets unabhängig von rechts und links durch die Christlichen Demokraten vertreten wurde. Durch das binominale Wahlsystem wurde die Partei ab 1990 dauerhaft in eine Allianz mit den linken Kräften gezwungen. Nachdem die Christlichen Demokraten die *Concertación* zunächst lange dominiert und angeführt hatten, wurde es in den letzten Jahren für die Partei immer schwerer, die eigenen Positionen in diesem Parteienbündnis zu verdeutlichen und die Unterschiede zu den Koalitionspartnern herauszustellen. Dies war nach Einschätzung vieler politischer Beobachter ein wichtiger Grund für den dramatischen Wählerschwund, den der PDC bis zu seiner Ablösung als stärkste Partei im Dezember 2001 hinnehmen musste (ca. eine Million Stimmen seit 1990 – 60 Prozent gingen an die Alianza, der Rest entfiel auf die linken Koalitionspartner und auf ungültige Stimmabgaben).

■ **Das Dilemma der Christlichen Demokraten**

Trotz eines Zuwachses von ca. 200000 Stimmen ist die Christlich-Demokratische Partei Chiles, PDC, der eindeutige Wahlverlierer der Parlamentswahlen vom 11. Dezember 2005.³⁾ Von allen Parteien verlor sie die meisten Mandatsträger sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus (Gesamtzahl im Parlament: 120 Abgeordnete, 38 Senatoren). Im Oberhaus stellt sie mit sechs Senatoren jetzt nur noch die viertstärkste Fraktion. Da der Senat in Chile das deutlich mächtigere der beiden Häuser ist, kann die Quasi-Halbierung der christlich-demokratischen Vertretung kaum dramatisch genug bewertet werden. Im Unterhaus reduzierte sich die Anzahl der Abgeordneten von 24 auf nunmehr 21. Damit ist die christlich-demokratische Partei nicht mehr zweit-, sondern nur

3) Für eine Darstellung und Kommentierung des Ergebnisses der Parlamentswahlen siehe unter http://www.kas.de/proj/home/pub/52/1/year-2005/dokument_id-7711/index.html.

noch drittstärkste Fraktion. Nutznießer der Schwäche der Christdemokraten sind ihre linkeren Koalitionspartner. Sie verfügen im neuen Senat über insgesamt 14 Sitze, von denen allein acht von den Sozialisten besetzt werden. Damit dominieren sie die nur sechs PDC-Senatoren deutlich. Im Unterhaus legte der Linksblock gemeinsam fünf Abgeordnete zu und kommt jetzt auf insgesamt 42. Der PPD stellt mit 22 Abgeordneten anstelle des PDC die stärkste Fraktion der Koalition im Unterhaus. Die Christlich-Demokratische Partei, die nach dem Übergang Chiles zur Demokratie lange kraftvoll die Regierung der Concertación angeführt hatte und ihre Politikinhalte maßgeblich bestimmte, ist heute nur noch eine Minderheit gegenüber dem Linksblock. Für den PDC wird es im neuen Kongress damit weitaus schwieriger als bisher, die politischen Vorstellungen der Mitte gegen die sozialistisch-sozialdemokratischen Politikkonzepte der Koalitionspartner durchzusetzen. Die Anzahl der christlich-demokratischen Minister sank auf sieben. Dies entspricht in etwa dem Gewicht der Partei als parlamentarischer Vertretung innerhalb des Regierungslagers. Durch die Vergabe von wichtigen Ministerien wie dem Außen- und dem in Chile mit der Vizepräsidentschaft verbundenen Innenministerium sandte die neue Präsidentin ein klares Signal in Richtung PDC, dass sie auf die Partei weiter angewiesen ist.

Nach dem Waterloo des PDC bei den Parlamentswahlen im Dezember 2001 und mit der neu gewählten Parteiführung unter Adolfo Zaldívar ab Januar 2002 stand die stärkere inhaltliche Abgrenzung von den Partnern in der *Concertación* wieder im Vordergrund der parteiinternen Auseinandersetzung. Immer wieder stellte der Parteivorsitzende den Verbleib in der Regierungskoalition in Frage. Dafür hat er viel Häme, aber auch viel Lob erhalten. In der Tat verdeutlichen sich immer stärker Divergenzen zwischen Christlichen Demokraten und ihren Koalitionspartnern, die sich beispielsweise an Wertfragen festmachen. Der PDC vertritt etwa bei Abtreibung, Homo-Ehe oder Euthanasie wertkonservative Positionen. Auch wenn sich sozialistische und sozialdemokratische Politiker bei diesen Themen in der Öffentlichkeit bisher zurückhalten, so ist doch spätestens nach den politischen Gesprächen und Rat-

schlagen zwischen dem spanischen sozialistischen Ministerpräsidenten und Frau Bachelet davon auszugehen, dass die linken Parteien innerhalb der *Concertación* sich zu relativistischen und hedonistischen gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen bekennen. Da zu erwarten ist, dass Diskussionen über Wertethemen in naher Zukunft verstärkt auch in Chile aufkommen werden, könnte hier eine Bruchstelle für die *Concertación* entstehen. Die konservativeren politischen Parteien, besonders die UDI und ihr sich öffentlich zu seiner Mitgliedschaft im Opus Dei bekennenden Joaquín Lavín, vertreten in Wertfragen deutlich christlich-demokratischere Positionen als die linken Koalitionspartner des PDC.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die Unterschiede zwischen den Parteien unterdessen nicht markant. Alle Gruppierungen mit parlamentarischer Vertretung stehen heute für ein marktwirtschaftliches Entwicklungsmodell mit mehr oder weniger ausgeprägten sozialen Absicherungen. Die Christlichen Demokraten orientieren sich unter ihrem Vorsitzenden Adolfo Zaldívar programmatisch immer mehr in Richtung einer Sozialen Marktwirtschaft deutscher Prägung.

Ein Grund, warum die Christlichen Demokraten Bachelet unterstützen, hat mit Machterhalt zu tun. Während 16 Jahren Regierungsbeteiligung haben sich die Christlichen Demokraten viele Positionen in der staatlichen Bürokratie sichern können. Nach der angemessenen Berücksichtigung von Christlichen Demokraten im neuen Kabinett scheinen diese Posten vorerst weiter ungefährdet.

Nach dem ersten Wahlgang kam es zu einer Abspaltung innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei. Eine Gruppe unter dem Namen „Christliche Humanisten mit Sebastián Piñera“, erklärte zwei Tage nach dem ersten Wahlgang ihre Unterstützung für die Kandidatur Piñeras. Die Christlichen Demokraten befänden sich „in einer Achse mit der Linken, in der sie an Wichtigkeit und Bedeutung verloren“ haben. Die Gruppe rief dazu auf, die historische Trennung zwischen den Befürwortern und Gegnern Pinochets zu überwinden und gemeinsam in die Zukunft zu blicken. Deshalb wolle die Bewegung die Einladung Piñeras zu einer großen, neuen Koalition der politischen Mitte annehmen.

Eine führende Tageszeitung des Landes sprach vom PDC als „einem Patienten in der Notaufnahme“. Die Machtkämpfe in der Partei, insbesondere zwischen dem Zaldívar- und dem Martínez-Alvear-Flügel dauern unvermindert an. Beispielhaft für den Zustand im PDC ist, dass die Anhänger von Adolfo Zaldívar in der Parteizentrale auf die Ergebnisse des ersten Wahlgangs und der Parlamentswahlen warteten, während Soledad Alvear, ihr Mann und ihre Anhänger ein eigenes Wahlbeobachtungsstudio außerhalb der Parteizentrale errichtet hatten. Einen Tag nach dem Wahlsieg Bachelets erklärte Alvear, bei den internen Wahlen im April für den Parteivorsitz kandidieren zu wollen. Beide Lager hofften, im neuen Kabinett ihre Leute durchsetzen zu können, was jedoch keiner Fraktion in der gewünschten Form gelang.

Eine entscheidende Frage zur Zukunft des PDC ist die Änderung des binominalen Wahlrechts. Um ihre politischen Optionen künftig zu vergrößern, benötigen die Christdemokraten ein an mehr Proportionalität orientiertes Wahlrecht. Wenn die christlich-demokratische Wählerschaft auch kleiner geworden ist, besteht nach wie vor ein großes Segment, das den PDC wählt und ihn mit der politischen Mitte identifiziert. Die Absicht der Militärregierung, das Parteiensystem durch das binominale Wahlrecht zu zerschlagen, hat sich nicht erfüllt. An den Urnen hat die traditionelle Dreiteilung der Wählerstimmen im Prinzip überlebt. Eine größere Unabhängigkeit des PDC würde diesem Sachverhalt Rechnung tragen und könnte Wählerschichten zurückgewinnen, die bei den vergangenen Wahlen insbesondere nach rechts und weniger nach links abgewandert sind. Falls es den Christdemokraten in den nächsten Jahren nicht gelingt, sich von den linken Koalitionspartnern abzusetzen und sich aus der Umklammerung der *Concertación* zu lösen, wird ihr programmatisches Profil immer mehr zu sozialistisch-sozialdemokratischen Ordnungsvorstellungen tendieren. Sollte der PDC nicht wieder die politische Mitte besetzen können, werden dies künftig andere Parteien tun. In einer baldigen Änderung des Wahlsystems läge jedoch eine Chance, den Verfall der Christlichen Demokratie aufzuhalten und dem chilenischen Parteiensystem zu neuem Schwung zu verhelfen. Auch ist ein Genera-

tionswechsel innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei längst überfällig.

Ebenso wichtig für das christlich-demokratische Profil und damit für die Zukunftsfähigkeit der Partei ist ein Ideologiekongress, um ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Dieser Prozess, in den auch die Zivilgesellschaft eingebunden werden sollte, wäre eine wichtige Voraussetzung, damit christlich-demokratische Politik in Chile wieder den Rang erhält, der ihr historisch zukommt.

■ Herausforderungen für die neue chilenische Regierung

Nach dem Wahlsieg Michelle Bachelets setzte diese mit der Benennung ihres Kabinetts und ihrem Bekenntnis zur Fortsetzung der bisher erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik ein eindeutiges Zeichen in Richtung eines marktwirtschaftlichen Kurses. Allerdings könnte eine Fortführung des liberalen Wirtschaftsmodells am linken Rand des Regierungslagers für Widerstände sorgen. Es bleibt abzuwarten, ob es Bachelet wie ihren Vorgängern gelingen wird, diese Kräfte zu disziplinieren.

Es wird entscheidend für das Ansehen der nächsten Regierung sein, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu reduzieren. Hieran wird sich die vierte Regierung der *Concertación* messen lassen müssen. Zudem sollten dringend Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Konzentration ergriffen werden. Die Marktzugangschancen kleiner und mittelständischer Unternehmen werden durch multinationale und nationale Großunternehmen zunehmend geringer. Deshalb ist die Verbesserung der staatlichen Monopolkontrolle und eine effektive Wettbewerbspolitik von großer Bedeutung. Der chilenische Mittelstand hat in den vergangenen Jahren nicht in ausreichendem Maße am Wirtschaftsaufschwung partizipieren können. Dies muss sich ändern, wenn Chile auf lange Sicht einen starken Mittelstand etablieren will, der auch Garant für eine weitere Festigung der demokratischen Ordnung ist.

Die chilenische Wirtschaft benötigt zudem eine Diversifizierung von Ausfuhrprodukten. Der Export konzentriert sich auf Kupfer, Lachs, Zellulose sowie Wein und Agrarprodukte. Kupfer und das Kuppel-

produkt Molybdän sind wertmäßig mit einem Anteil von über 50 Prozent bei weitem die führenden Ausfuhr Güter. Um das stabile Wirtschaftswachstum und den technologischen Fortschritt zu sichern, muss Chile seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung – derzeit 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – erhöhen. Konkret soll ein Kooperationsnetz zwischen privaten und staatlichen Forschungseinrichtungen entstehen mit dem Ziel, marktkonforme Produktionsmethoden und technologisch hochwertige Güter zu produzieren.

Auch im Bildungsbereich steht Chile vor großen Herausforderungen. Im Land existiert ein Zwei-Klassen-System von öffentlichen und privaten Schulen und Universitäten. Gerade im universitären Bereich sind die Zugangsmöglichkeiten zu staatlichen Fördermaßnahmen für breite Bevölkerungsschichten ausbaufähig. Darüber hinaus fehlen Ausbildungsgänge, die sich an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten orientieren. Einer steigenden Anzahl von Studenten steht eine sinkende Quote von Facharbeitern und handwerklichen Berufsabgängern gegenüber.

Im politischen Bereich steht im Sinne einer weiteren Demokratisierung eine Reform des binominalen Wahlsystems zur Debatte. Michelle Bachelet hat dies in ihr Programm aufgenommen. Allerdings profitiert auch die politische Linke von diesem System, da es ihm genau wie der Rechten eine hohe parlamentarische Repräsentanz sichert. Momentan denkt man bei PS, PPD und PRSD offen darüber nach, zu einer einzigen Linkspartei, beispielsweise unter dem Namen „Progressive Partei“ zu fusionieren. Ob in einer solchen Konstellation von Seiten der Linken wirklich nachdrücklich eine Reform des Wahlsystems betrieben würde, erscheint fraglich. Eine andere Frage ist, ob die oppositionelle Alianza zusammenbleibt oder ob sie zu bröckeln beginnt. Letztlich wird man dies wohl erst in ein, zwei Jahren beurteilen können. Falls die Alianza sich dauerhaft aufspalten sollte, würde es wahrscheinlicher, dass die politische Rechte die Änderung des binominalen Wahlsystems mitträgt. Ohne dieses System könnten nämlich RN und UDI unabhängig voneinander bei den Wählern um Zustimmung werben.

Langfristig wird von Änderungen am binominalen Wahlrecht auch die Zukunft des Parteiensystems in

Chile abhängen. Wird ihm der binominale Charakter genommen, könnte es zu neuen politischen Konstellationen kommen; etwa ein Szenario mit einer vereinigten Linkspartei, einer unabhängigen Christlich-Demokratischen Partei in der Mitte und einer vereinigten Rechtspartei aus RN und UDI. Damit wäre die klassische Dreiteilung des Parteiensystems wiederhergestellt und die Christlichen Demokraten könnten auch in andere Koalitionen eintreten. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Mitte-Rechts-Allianz aus Christlichen Demokraten, Teilen von RN und UDI und eventuell Teilen des PPD und dem PRSD. Auch in einem solchen Fall könnte sich rechts-außen eine weitere Partei aus ultrakonservativen Teilen der UDI formieren. Das Problem einer Allianz zwischen PDC und konservativeren Parteien besteht nach wie vor in der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Sympathisanten der Militärregierung, besonders durch ältere christliche Demokraten. Allerdings bröckelt diese Konfliktlinie, da immer mehr jüngere Wähler die Zeit der Diktatur nicht mehr als für ihre politischen Einstellungen prägend erlebt haben und beide Allianz-Parteien Verjüngungen ihrer Führungseliten vornehmen. Im ungünstigsten Fall könnte die Spannung zwischen Kreisen, die eine stärkere Unabhängigkeit des PDC fordern und den eher dem PPD und dem PS zuneigenden Parteifractionen zu einer Spaltung führen. Vor dem Hintergrund von erbitterten persönlichen Gegnerschaften unter den Führungsgestalten der Partei erscheint eine solche Entwicklung nicht ausgeschlossen. Zwar hat der PDC auch in der Vergangenheit schon zahlreiche Spannungen ausgehalten. Allerdings musste er auch schon drei Abspaltungen hinnehmen. Bleibt das binominale Wahlsystem, wird die künstliche Zweiteilung der Parteienlandschaft weiterhin bestehen. Das Risiko, aus einer Koalition auszubrechen, ist für die einzelnen Koalitionspartner zu groß.

Ein Politikfeld, das eine große Herausforderung für die neue Regierung darstellt, ist die Außenpolitik. Angesichts des sich ausweitenden Linkspopulismus auf dem lateinamerikanischen Kontinent ist die künftige Positionierung Chiles von großer Bedeutung. Allerdings hat die gewählte Präsidentin durch die Nominierung von Alejandro Foxley als Außenminister ein klares Zeichen gesetzt. Repräsentative plura-

listische Demokratie, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft sind auch künftig für Chile unverrückbare Ordnungsprinzipien.

Im gesellschaftspolitischen Bereich könnte der gesunkene Einfluss der Christlichen Demokraten einer „progressiveren“ Politik Vorschub leisten. Themen wie Abtreibung und Homo-Ehe dürften künftig stärker diskutiert werden. Traditionell existiert hier eine Bruchstelle zwischen den Christlichen Demokraten und ihren linken Koalitionspartnern. Bisher war es den Christlichen Demokraten gelungen, diese Politikfelder weitgehend in ihrem Sinne zu gestalten.

Sebastián Piñera hatte im Wahlkampf versucht, sich als Führungsfigur einer neuen, großen Koalition der politischen Mitte zu profilieren, zu der er ausdrücklich auch die Christlichen Demokraten einlud. Obwohl die Partei bis auf einige Abweichler dieses Angebot entschieden zurückwies und Bachelet unterstützte, fiel vielen christlich-demokratischen Wählern die Unterstützung der Sozialistin schwer. Sollte Michelle Bachelet als Präsidentin nicht ähnliche Erfolge aufweisen können wie Ricardo Lagos oder sollten christlich-demokratische politische Positionen in der neuen Regierung nicht ausreichend berücksichtigt werden, steht die Debatte über neue Bündnisse in der chilenischen Politik sicherlich weiter auf der Tagesordnung.

Das Manuskript wurde Mitte Februar 2006 abgeschlossen.